

Seniorenpolitische Leitlinien Sachsen-Anhalt

**Beschluss der 4. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 2018 in Bernburg**

I.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE hat im Jahr 2008 „Seniorenpolitische Standpunkte“ vorgelegt. Die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Senioren in Sachsen-Anhalt arbeiten intensiv an der Fortschreibung dieser Standpunkte mit. Jedoch sind die Ausgangssituationen im Land Sachsen-Anhalt oftmals andere als im gesamten Bundesgebiet, so dass es die Mitglieder der LAG Senioren für erforderlich halten, auf das Land Sachsen-Anhalt und für linke Politikerinnen und Politiker in Sachsen-Anhalt zugeschnittene Standpunkte als Leitlinien vorzulegen.

Mit den Seniorenpolitischen Leitlinien Sachsen-Anhalt werden Ziele für vorausschauende, angepasste und gerechte Seniorenpolitik definiert. Wir sind die „Kümmererpartei“ in dieser Gesellschaft und müssen dies auch wieder klarer definieren. Viele Politikerinnen und Politiker, die sich für die ältere Generation einsetzen, arbeiten schon jetzt daran, dieser größten Bevölkerungsgruppe in unserem Land mit ihrem Handeln gerecht zu werden und ein Leben in Würde und mit Teilhabe zu ermöglichen – doch braucht es einheitlichere Handlungsansätze.

Der demografische Wandel stellt Sachsen-Anhalt vor große Herausforderungen. Die Altersarmut ist in Sachsen-Anhalt angekommen und fordert die Gesellschaft heraus, der solidarischen und gerechten Daseinsvorsorge für alle gerecht zu werden.

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, ihre Kreisverbände sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aller Ebenen sollen sie Grundlage für die Ausnutzung ihrer Handlungsspielräume im politischen Umfeld sein, damit möglichst viele dieser Ziele in die Tat umgesetzt werden und in der Gesellschaft ihre Wirkung entfalten können. Die Seniorenpolitischen Leitlinien sollen den Fokus auf ein würdevolles Miteinander aller Menschen legen.

Die vorhandene Bedrohung unserer älteren Generation im Land Sachsen-Anhalt durch Altersarmut führt auch hier zum Absinken des Versorgungsniveaus im Alter und stellt den Generationenzusammenhalt und das gegenseitige Verständnis auf eine harte Probe. Wir müssen uns einsetzen für eine neue Kultur des Alterns und des Alters.

Daher fordern wir:

- die gesellschaftlichen Strukturen altersfreundlich und barrierefrei zu gestalten,
- die Solidarität der Generationen untereinander zu fördern,
- gesundheitspolitische Potentiale auszuschöpfen,
- Rentengerechtigkeit zu fordern und den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente menschenwürdig, solidarisch und gerecht zu gestalten.

Diese neue Kultur des Alterns und des Alters erfordert ein neues Bild der älteren Generation, der Seniorinnen und Senioren in allen Teilen der Gesellschaft. An dieser Entwicklung des Altenbildes sind alle Generationen und gesellschaftlichen Akteure zu beteiligen.

Dass die Menschen heute immer älter, teils hochaltrig werden, kann heute eine Errungenschaft sein, aber wir teilen auch die Auffassung der Alterswissenschaftler, dass die zunehmende Hochaltrigkeit gewisse Probleme für die Menschen und die Gesellschaft mit sich bringen, die wir anpacken müssen - der Anspruch auf Gesundheit ist ein Menschenrecht und darf nicht von den persönlichen finanziellen Mitteln abhängen. Hochaltrigkeit erhöht die Anforderungen an das Gesundheitssystem. Privatisierungen im Gesundheitssystem und die damit verbundene Benachteiligung von Altersarmut betroffener Seniorinnen und Senioren ist unsozial und unsolidarisch.

Seniorenpolitik muss auf allen Entscheidungsebenen noch konsequenter als Querschnittsaufgabe betrachtet werden. Die ältere Generation ist keine homogene Gruppe. Das Wählerpotential der Seniorinnen und Senioren in Sachsen-Anhalt ist nicht zu unterschätzen und ihr Gewicht bei Wahlentscheidungen nimmt weiter zu. Will DIE LINKE auch in Sachsen-Anhalt ihren politischen Einfluss in der Gesellschaft ausbauen, muss sie mehr Augenmerk auf die Seniorenpolitik legen. Durch den Blick auf diese Querschnittsaufgabe der Gesellschaft wollen wir dazu beitragen, dass dieser Generation und ihren Bedürfnissen mehr als bisher Rechnung getragen wird.

Die Altersarmut ist in Sachsen-Anhalt angekommen und schon sind 28.653 Männer und 52.779 Frauen von Altersarmut bedroht. Sie beziehen eine Rente am oder unter dem Existenzminimum und sind auf Grundsicherung angewiesen. Gerade in den ostdeutschen Ländern muss immer wieder die Forderung aufgemacht werden, die Rentenangleichung Ost/West so schnell wie möglich zu erreichen. Die Rente muss für alle zum Leben reichen!

II.

Aus diesem Grunde fordert die Landesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt konkret:

- Die Anstrengungen für die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West müssen auf allen politischen Ebenen kommuniziert, gefordert und gefördert werden. Es muss nachhaltiger an der Verhinderung drohender Altersarmut gearbeitet werden, dies beginnt schon im erwerbsfähigen Alter mit einem gerechten Lohnniveau. Das Leben muss auch im Alter für alle lebenswert bleiben, dies bedingt auch Rentengerechtigkeit für die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner.

- Mehr Engagement und Widerstand durch die Seniorinnen und Senioren selbst und die Vernetzung mit den Aktivitäten möglichst vieler Seniorenzusammenschlüsse, den

Gewerkschaften und der jüngeren Generation sowie die Förderung von gemeinsamen Projekten der Seniorinnen und Senioren mit der jüngeren Generation, um den Generationenzusammenhalt zu stärken.

- Keine weitere Privatisierung sondern Rekommunalisierung von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsversorgung, Prävention und Rehabilitation.

- Förderung der Mobilität im Alter für einen uneingeschränkten Zugang alter Menschen zu ärztlicher Behandlung und Betreuung, zur Sicherung der eigenen Versorgung und der Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Der öffentliche Personennahverkehr muss gestärkt werden und bezahlbar bleiben.

- Die geriatrische Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie Angebote der medizinischen Versorgung auf dem Gebiet der Geriatrie auszubauen,

- ein Sterben in Würde durch den Ausbau der Palliativmedizin sowie durch hochwertige, ambulante und stationäre Hospizleistungen in allen Regionen zu ermöglichen,

- dass Altenpflege auch dem Erhalt und der Förderung der Lebensqualität sowie verbliebener Fähigkeiten der pflegebedürftigen alten Menschen dient. Dazu gehört auch, dass die freie Wahl zwischen ambulanter und stationärer Pflege sowie alternativen Wohnformen gesichert ist.

Altenpflege verdient mehr gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung, insbesondere durch die Schaffung verbesserter Arbeitsbedingungen, den Einsatz von mehr Personal und eine angemessene Vergütung.

- dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ein Recht auf zügige, qualifizierte Beratung und substanzielle Hilfe haben. Dafür fordern wir die entsprechenden Rahmenbedingungen in unserem Land. Lange Bearbeitungszeiten sind menschenverachtend.

- dass Seniorinnen und Senioren unabhängig von ihrer Herkunft der gleichberechtigte Zugang zu allen Leistungen zu gewähren ist – Sprachbarrieren und kulturelle Hinderungsgründe sind abzubauen – kultursensible Altenhilfe ist zu gewährleisten.

- Altersgerechtes Wohnen muss stärker auf individuelle Wohnbedürfnisse im Alter und auf die steigende Altersarmut mit bezahlbaren Mieten fokussiert sein.

Das heißt:

- Wohnungsanpassung, Umbau in barrierefreie, altersgerechte Wohnungen und alternative Wohnformen sind durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen mit staatlichen Fördermitteln vorrangig zu unterstützen.
- Generationsübergreifendes Wohnen und selbst organisierte Wohnprojekte sind zu fördern.
- Seniorengerechtes, betreutes Wohnen wird von uns gefordert.
- Betreuungsangebote und Wohnformen für Menschen mit Demenz sind konstruktiv zu begleiten.
- Ein Sonderkündigungsrecht für Menschen über 70 Jahre ist zu schaffen.
- Die Entbürokratisierung von Wohngeldanträgen ist durchzusetzen.

- das Bewusstsein in der Gesellschaft zu schärfen, dass die fortschreitende Digitalisierung des Lebens und die Einflussnahme von digitalen Medien in allen Lebensbereichen bei den Seniorinnen und Senioren nicht nur Gutes im Sinne von Freiheit, Unabhängigkeit und erleichterter Teilhabe birgt, sie schürt auch Ängste und Verunsicherung, derer wir ebenso kritisch und sensibel begegnen müssen.

III.

Direkte Demokratie auch für Seniorinnen und Senioren, z.B. durch die Erweiterung von Beteiligungsformen in Seniorenvertretungen oder Seniorenbeiräten, ermöglichen mehr Mitbestimmung bei relevanten, die Senioren betreffende Entscheidungen. Das ist eine zentrale Frage gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir halten weiterhin an unserer Forderung nach einem Landesseniorenmitwirkungsgesetz fest.

Auf allen parlamentarischen Ebenen sind gesetzliche Regelungen zur Bildung selbst gewählter Seniorenvertretungen mit Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht zu schaffen.

Seniorenvertretungen müssen stärker Einfluss auf die Erarbeitung und Realisierung von Senioren-, Altenhilfeplänen sowie anderer seniorenpolitischer Instrumentarien nehmen, um mehr Mittel und Möglichkeiten für ältere Menschen zu erschließen und sinnvoller einzusetzen. Eine bessere Vernetzung der regionalen und überregionalen Angebote, Einrichtungen und Dienstleister muss forciert werden.

Netzwerkbüros sind dazu in der Praxis hilfreich.

Unsere Forderungen in den Kommunalparlamenten dieses Landes müssen sein:

- dass die Seniorenpolitik auf der kommunalen Ebene einen höheren Stellenwert erhält. Der demographische Wandel erfordert von den Politikern der Städte und Gemeinden einen Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler Seniorenpolitik – diese muss unbedingt gestärkt werden.

- die Gewährleistung des solidarischen Zugangs älterer Menschen zu Bildungseinrichtungen, Kultur, Kunst und Internet – auch durch Altersarmut bedrohten Seniorinnen und Senioren darf der Zugang nicht verwehrt werden, dies fördert die Teilhabe an der Gesellschaft und die geistige Aktivität.

- dass sich das Verständnis für mehr „Sicherheit im Alter“ im Werteverständnis der Gesellschaft verankert – Es sind die politischen, sozialen, rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen auf allen politischen Ebenen mit dieser Zielstellung zu verfolgen, auszugestalten und vorhandene Defizite zu beseitigen. Hilfs- und Beratungsangebote sind auszubauen – Prävention und Aufklärung sind stärker zu fördern.

- dass Altersdiskriminierung und Gewalt an Älteren in der Gesellschaft ernst genommen wird und „mehr Achtung vor dem Alter“ wieder in allen Generationen selbstverständlich wird,

- dass das ehrenamtliche Engagement von Seniorinnen und Senioren auf allen Ebenen gestärkt wird. Ehrenamtliches Engagement als Ersatz für den Rückzug des Staates lehnen wir kategorisch ab.

Wir Seniorinnen und Senioren der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt nehmen ebenso die Seniorenpolitischen Standpunkte der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE. als Handlungsgrundlage für unser Tun an.

Wir sehen die Herausforderungen in der heutigen immer älter werdenden Gesellschaft als gegeben an und bitten die jüngere Generation unserer Genossinnen und Genossen uns zu helfen, unseren Forderungen mehr Gehör und Gewicht auf allen politischen Entscheidungsebenen zu geben.

Der Generationenzusammenhalt muss auch in unserer Partei real gelebt werden.

Der Beschluss wurde bei ganz wenigen Enthaltungen und ohne Gegenstimme mit großer Mehrheit gefasst.